

DENK MAL!

Exklusiv zur Veröffentlichung Eurer Meinungen!

Ausgabe Nr. 15

Vereinszeitschrift

Dezember 2013

Massoud Harun-Mahdavi
München

Der Vorstand und die Redaktion

Fröhliche Weihnachten

Wo bleibt das Gewissen?

Offener Brief an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und die Reaktion dazu

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck,

in den letzten Wochen und Monaten waren wir Zeugen einer Kriegskampagne des US Präsident Obama gegen den Syrischen Präsident Bashar al-Assad.

Obama begründete seine offenen Kriegsdrohungen mit angeblichen Beweisen für die Anwendung von Chemiewaffen durch die Regierung Assads, im Kampf gegen die von den USA unterstützten Rebellen. Er prangerte Assad als Kriegsverbrecher an und drohte ihm durch einen „eingeschränkten Angriff“ bestrafen zu wollen. Denn Assad hätte mit dieser brutalen Waffe das Leben tausender syrischer Bürger auf dem Gewissen.



Die Anbetung der Heiligen Drei Könige von Albrecht Altdorfer
Quelle: Wikipedia



Kamp syrischer Flüchtlinge in der Türkei
Quelle Wikipedia

Mit Tränen in den Augen stand Obama auf dem G20 Gipfel vor den Kameras und erzählte von den hunder-

Fortsetzung weiter auf Seite 2

Fortsetzung weiter auf Seite 16

Inhalt:	Seite
„Wo bleibt das Gewissen“, M. Harun-Mahdavi	1
„Fröhliche Weihnachten“, Der Vorstand	1
„Brief von MdL Dr. Goppel“	3
„Antwort von Bundespräsident Gauck“	4
„Der militärisch-industrielle Komplex und der Geheimplan des Kreml“, P. Orzechowski	6
„Tag der Menschenrechte 2013“, S. Harun-Mahdavi	8
„Antwort von Bundestagspräsident Prof. Lammert“	10
„Brief von MdL Dr. Goppel“	12
„Wohlstandverwahrlosung“, Dr. Caspert	13
„Bericht zur Jubiläumsfeier“, S. Harun-Mahdavi	15
Über den Herausgeber	16
Impressum	16

Es ist ein gewöhnlicher Irrtum in der Politik, Mittel und Zwecke zu verwechseln!

Thomas Babington Lord Macaulay

„Wo bleibt das Gewissen“
Fortsetzung von Seite 1



ORGANISATION FOR THE
PROHIBITION OF CHEMICAL WEAPONS

OPCW (Quelle UN.org)

ten von Kindern, die den Chemiewaffen zum Opfer gefallen seien. Er ergänzte seine Drohungen damit, daß die USA mit diesem Irrsinn angeblich nicht einmal ein Regimewechsel sondern eine Schwächung Assads beabsichtige! Wohl damit ihn die Rebellen endlich „fertig machen“ können.

Der bisherige Bürgerkrieg hat Syrien bereits schwere Schäden zugefügt. Der US Kongress hat auch noch eine 90-tägige Bombardierung des Landes befürwortet. Ist das die humanitäre Verantwortung, für die Obama plädiert? Was bleibt noch von diesem Land übrig, wenn das vom Bürgerkrieg gescholtene syrische Volk auch noch 90 Tage lang von US-Streitkräften bombardiert wird? Das wäre keine Bestrafung Assads, sondern der Bevölkerung Syriens.

Gott sei Dank sieht es derzeit aus, als ob Präsident Putin Präsident Obama aus seiner Misere gerettet hätte. Putins Standhaftigkeit und der Vorschlag der Abrüstung Syriens, ist der einzige Rettungsweg Obamas aus seiner selbst hineinmanövrierten Kriegs-Sackgasse gewesen.

Der Grund, der mich dazu brachte mir zu erlauben Ihre geschätzte Zeit in Anspruch zu nehmen, war nicht Ihnen diese Fakten zu unterbreiten, über deren Einzelheiten Sie sicherlich besser unterrichtet sein dürften, als die Öffentlichkeit in Deutschland. Sondern viel mehr möchte ich die aktuelle Situation für eine Bitte an Sie heranziehen.

Im Namen unseres Vereins „Leben und Leben Lassen e.V. - zur Verwirklichung der Menschenrechte“ möchte ich Sie hiermit aufrichtig bitten, entsprechend der auch von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierten und unterzeichneten Chemiewaffenkonvention (siehe auch <http://www.opcw.org>), sich mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden politischen und gesellschaftlichen Mitteln für ein weltweites Verbot von Herstellung, Verkauf/Vertrieb, Erwerb und Lagerung bzw. Anwendung von Chemiewaffen jeglicher Art einzusetzen.

Mit Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde bei den Vereinten Nationen verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, vorhandene Bestände zu deklarieren und bis zum Jahr 2012 sämtliche Chemiewaffen unter internationaler Aufsicht zu vernichten. Das CWÜ bezeichnet als chemische Waffen neben den toxischen Chemikalien auch Munition oder Geräte, die eigens dazu entworfen sind durch Ausnutzung der toxischen Eigenschaften der aufgeführten Chemikalien den Tod oder sonstige Schäden herbeizuführen. Gem Art. II Nr. 2 CWÜ versteht man unter einer toxischen Chemikalie jede Chemikalie, die durch ihre chemische Wirkung auf Lebensvorgänge den Tod, eine vorübergehende Handlungsunfähigkeit oder einen Dauerschaden bei Mensch oder Tier herbeiführen kann.

Dazu gehört auch die Sanktionierung aller Staaten, die Chemiewaffen produzieren, vertreiben oder besitzen. Chemiewaffen sind, wie alle anderen Waffen auch, unmenschlich. Dazu gehören auch Landminen und vieles mehr. Die Anwendung dieser Waffen gilt als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Daher darf man Länder, welche die Chemiewaffenkonvention - bewußt - nicht unterzeichnet haben, auch nicht bei den Sanktionen außer Acht lassen. Auch diese müssen mit aller Konsequenz sanktioniert werden, bis sie diese Konvention unterzeichnen und deren Statuten und Gesetze ausnahmslos anerkennen. Dabei zählt keineswegs die Risikoeinschätzung ob und in welchem Fall diese Staaten Chemiewaffen einsetzen würden.

Laut der OPCW-Liste gehören dazu auch Syrien, Ägypten, Myanmar, Nord Korea, Süd Sudan und Israel.

Syrien hat in der vergangenen Woche der Unterzeichnung der Konvention und der vollständigen Abrüstung der Chemiewaffen zugestimmt. Damit bleiben nur noch fünf Staaten übrig.

Fortsetzung weiter auf Seite 3

Die Wissenschaftler bemühen sich, das Unmögliche möglich zu machen. Die Politiker bemühen sich oft, das Mögliche unmöglich zu machen!

Bertrand Russel

„Wo bleibt das Gewissen“

Fortsetzung von Seite 2

Deutschland hat bedauerlicherweise eine Berühmtheit bei der Produktion und Vertrieb solcher Waffen erworben. Laut Nachrichtenmagazin ntv (19.09.2013) stammen die Chemiewaffen Syriens auch aus Deutschland. Neben anderen Staaten haben England und Israel ebenso diese schmutzige unmenschliche Waffenproduktion fortgeführt.

Wenn man eine Abrüstung dieser Waffen beabsichtigt, muß man selbst damit anfangen. Deutschland ist Gott sei Dank aus wirtschaftlicher Sicht in der positiven Lage nicht gerade auf diese Art von Geschäften angewiesen zu sein.

Daher kann Deutschland hier mit bestem Beispiel vorangehen.

Aufgrund Ihrer Bedeutung als ein Mensch der Deutschen Geschichte, ein Mann der Kirche und als Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, wird von Ihrer Person erwartet, ohne Zögern und im Rahmen Ihrer Kompetenzen, Produktions- und Handelsstopp derartiger Waffen bzw. Bestandteile, welche zur Produktion dieser Waffen geeignet wären gesetzlich einzuleiten und gemäß der Richtlinien der Chemiekonvention die unverzügliche Abrüstung aller Chemiewaffen einzufordern.

Es dürfte selbstverständlich sein, daß ein solches Engagement keine politische Einnischung sondern eine humanitäre Pflichterfüllung ist.

Es gibt daher auch keine politische Instanz, die ein solches Betreiben opponieren könnte und dürfte, ohne sich ins Abseits zu manövrieren. Wir und sicherlich viele Bürger der Bundesrepublik und dieser Welt unterstützen Sie und andere Politiker, die sich für die uneingeschränkte Umsetzung der Chemiewaffenkonvention einsetzen.

Im Namen unseres Vereins bedanken wir uns jetzt schon für Ihr Engagement diesbezüglich.

Hochachtungsvoll

Massoud Harun-Mahdavi
1. Vorsitzender

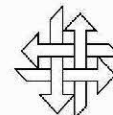


Antwortschreiben
Dr. Thomas Goppel
MdL u. Staatsminister a.D.
vom 02. Dezember 2013

Dr. Thomas Goppel, MdL, Eichenstr. 11, 86922 Erasing

Herrn
Dr. Massoud Harun-Mahdavi

Per E-Mail harun-mahdavi@t-online.de



AKTIONSKREIS

WIRTSCHAFT POLITIK WISSENSCHAFT E. V.

Dr. Thomas Goppel, MdL
Beirat

Eichenstr. 11
86922 Erasing
Telefon (0 81 93) 99 92 36
Telefax (0 81 93) 99 92 37

Az.:	Datum:
AK 013 M3 // dikt. 30.11.2013	02.12.2013
<small>Aktionskreis: Dr. Schindler/Koch bitte angeben</small>	

Schriftverkehr mit den Berliner Politikspitzen
Zu Ihrer Rückmeldung von November 2013

Sehr geehrter Herr Harun-Mahdavi,

außenpolitische Diskussionen, insbesondere der Konflikt in Syrien in diesen Tagen, haben Sie bewegt, im Herbst den Bundespräsidenten, den Bundestagspräsidenten und andere anzuschreiben, sie an ihre Mitverantwortung zu erinnern, was die außenpolitische Gemengelage unserer Tage angeht. Danke, dass Sie mir die Antworten, die Sie daraufhin zugesandt bekommen haben, dieser Tage zugereicht haben. Gerne habe ich zunächst einmal von Ihrer Initiative Kenntnis genommen, dann aber auch von den sehr differenzierten Rückmeldungen, die sowohl der Bundestagspräsident als auch der Bundespräsident (sein Büro) für angebracht hielten. All die Aussagen, die da gemacht sind, weisen darauf hin, dass politisch mehr geschieht, als wir vordergründig in den Gazetten unserer Tage zu lesen bekommen. Das sollte ein Stück Zuversicht auslösen, dass wir (auf deutscher Seite) uns nicht ins Abseits stellen, sondern sehr wohl auch agieren.

Für Ihre Initiative herzlichen Dank!

Mit guten Wünschen (insbesondere auch mit Blick auf die bevorstehenden Feiertage)
Ihr Dr. Thomas Goppel, MdL

Ein jeder gibt sich selber seinen Wert!

Schiller

Antwortschreiben des Bundespräsidialamtes auf das Schreiben des Vereinsvorsitzenden an den Bundespräsidenten Gauck



BUNDESPRÄSIDIALAMT

BERLIN, 17. Oktober 2013
Spreeweg 1

Geschäftszeichen: 20-622 45-5-1/13
(bei Zuschriften bitte angeben)

Leben & Leben Lassen e.V.
Herrn Massoud Harun-Mahdavi
Elektrastraße 24

81925 München

Sehr geehrter Herr Harun-Mahdavi,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 19. September 2013 an den Herrn Bundespräsidenten. Er erhält täglich eine Vielzahl an Zuschriften, die er leider nicht alle selbst beantworten kann. Ich bin daher gebeten worden, Ihnen zu schreiben.

Wie Sie ist der Bundespräsident sehr besorgt über den fortdauernden Konflikt in Syrien. Deutschland hat sich seit Beginn der Proteste im März 2011 und ihrer gewaltsamen Niederschlagung auf die Seite derer gestellt, die für ein Leben in Freiheit und Würde und damit für einen politischen Übergang in ihrem Land eintreten.

Gemeinsam mit seinen Partnern in der Europäischen Union, den USA und anderen Akteuren hat Deutschland frühzeitig und kontinuierlich den politischen und wirtschaftlichen Druck auf das syrische Regime erhöht in dem Bestreben, dass Sicherheit und Stabilität für alle Menschen in Syrien wieder hergestellt werden.

Bundespräsident Gauck ist entsetzt darüber, dass chemische und damit international geächtete Waffen in Syrien eingesetzt wurden. Diese grausame Tat muss weiter aufgeklärt und die Täter müssen für ihr menschenverachtendes Handeln vor den zuständigen Gerichten strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. Die inzwischen verabschiedete Resolution des Sicherheitsrates

...

Briefanschrift: Bundespräsidialamt 11010 Berlin, Internet: <http://www.bundespraesident.de>
E-Mail: poststelle@bpra.bund.de

Telefon: (030) 2000 - 0 Behördennetz: (030) 18 200 - 0 (Durchwahl: - 2213)
Telefax: (030) 2000 - 1999 Behördennetz: (030) 18 200 - 1999 (Durchwahl: - 1923)

Fortsetzung weiter auf Seite 5

Die Menschen glauben das gern, was sie wünschen!

Julius Caesar

„Antwortschreiben von Bundespräsident Gauck“

Fortsetzung von Seite 4

- 2 -

der Vereinten Nationen zur Syrienkrise war ein wichtiger Schritt. Wir alle hoffen, dass die syrische Regierung der darin auferlegten Verpflichtung nachkommt, unter Aufsicht der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OVCW) ihre Chemiewaffenbestände vollständig zu vernichten. Die Resolution, so sieht es auch der Bundespräsident, kann auch eine Chance sein, dass der Bürgerkrieg insgesamt beigelegt werden kann und die Menschen in Syrien wieder Frieden finden.

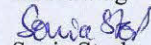
Das Chemiewaffen-Übereinkommens (CWÜ) stellt seit seinem Inkrafttreten im Jahre 1997 ein wichtiges Vertragswerk und einen zentralen Baustein für die internationalen Abrüstungspolitischen Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland dar. Deutschland setzt sich unvermindert und uneingeschränkt für ein weltweites Verbot von chemischen Waffen ein.

Vor diesem Hintergrund ist es der Bundesregierung, die für die operative Außenpolitik unseres Landes zuständig ist, ein wichtiges Anliegen, dem CWÜ zur universellen Geltung zu verhelfen. Seit Jahren bemüht sich Deutschland, die verbleibenden Nichtmitgliedsstaaten – Ägypten, Angola, Israel, Myanmar, Südsudan, die Demokratische Volksrepublik Korea und bis vor kurzem Syrien – zum Beitritt zu bewegen. Mit dem syrischen Beitritt zum CWÜ am 14. Oktober 2013 hat das Übereinkommen 190 Mitgliedsstaaten.

Die Bundesregierung wird sich, gestärkt durch die Verleihung des Friedensnobelpreises für die Organisation für das Verbot Chemischer Waffen, weiterhin dafür einsetzen, dass nunmehr auch die verbleibenden Staaten dem CWÜ beitreten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Sonia Stork

Abteilung Ausland – Referat 20

Peter Orzechowski
München

Der militärisch-industrielle Komplex und der Geheimplan des Kreml

Eigentlich gibt es ja nichts Langweiligeres als Jubiläen und die zu diesem Anlass geschriebenen Rückblicke. Aber manchmal läuft einem bei bestimmten Jahrestagen der kalte Schauer über den Rücken. Denn es zeigen sich bereits die Anfänge einer Entwicklung, die Geburtsstunde heutiger Probleme.

2013 jährte sich zum 80. Mal die so genannte Machtergreifung Adolf Hitlers.



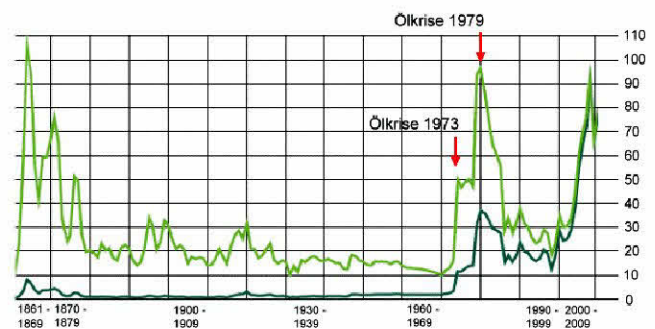
Hitlers Machtergreifung, Quelle: Bundesarchiv

Die Folgen sind bekannt, also weiter. Vor 50 Jahren – war da was? Natürlich die Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy am 22. November 1963 in Dallas. Mit JFK endete die letzte eigenständige und auch eigenwillige Präsidentschaft der USA. Mit seinem Nachfolger Lyndon B. Johnson begann das, wovor schon sein Vorgänger, Dwight D. Eisenhower, gewarnt hatte: die Machtübernahme des militärisch-industriellen Komplexes. Der frühere Generalstabschef der US-Armee hatte in seiner Abschiedsrede als Präsident gesagt:

„Wir in den Regierungsräten müssen uns vor unbefugtem Einfluss - beabsichtigt oder unbeabsichtigt - durch den militärisch-industriellen Komplex schützen. Das Potential für die katastrophale Zunahme fehlgeleiteter Kräfte ist vorhanden und wird weiterhin bestehen. Wir dürfen es nie zulassen, dass die Macht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unsere demokratischen Prozesse gefährdet. Wir

sollten nichts als gegeben hinnehmen. Nur wachsame und informierte Bürger können das angemessene Vernetzen der gigantischen industriellen und militärischen Verteidigungsmaschinerie mit unseren friedlichen Methoden und Zielen erzwingen, so dass Sicherheit und Freiheit zusammen wachsen und gedeihen können.“ Aber in jenem Jahr 1963 tauchte bereits ein weiteres Zeichen am politischen Horizont auf: Die „Zeit“ enthüllte, dass der bundesdeutsche Verfassungsschutz illegal die Telefone abhört. Damals gab es deswegen übrigens noch lange politische Debatten.

40 Jahre Rohstoffkriege



Ölpreisverlauf, Graphik aus Wikipedia

Gehen wir zehn Jahre weiter, also in das Jahr 1973, dann entdecken wir weitere Ereignisse, die bis heute nachwirken. Die älteren Leser werden sich erinnern an dieses skurrile Jahr, als die arabischen Länder dem Westen den Ölhahn zudrehten. „Fahrverbot“ war das Wort der Stunde. An einigen Wochenenden mussten die Autos in der Garage bleiben, auf den Autobahnen fuhren Pferdekutschen. Das Öl wurde erstmals als Waffe eingesetzt. Die Lage hatte sich im Oktober zuge-spitzt, als Ägypten und Syrien an Jom Kippur Israel auf breiter Front angriffen. Bis heute ist der Nahost-Konflikt noch nicht beigelegt und Öl ist weiterhin Zündstoff für Krisen und Konflikte in aller Welt. Aber noch etwas lehrt uns das Jahr 1973: Die USA mussten mit ihrem Rückzug aus Vietnam zum ersten Mal erkennen, dass sie einen Neo-Kolonialkrieg nicht gewinnen können. Und die amerikanischen Bürger bekamen zum ersten Mal eine Ahnung davon, mit welch illegalen Mitteln in ihrem Land um die Macht gerungen wird: Enge Mitarbeiter des damaligen Präsidenten Richard Nixon hatten im Watergate-Gebäude-

Fortsetzung weiter auf Seite 7

Gewalt kann wohl den Richter beugen, doch niemals beugt Gewalt das Recht!

Johannes Trojan

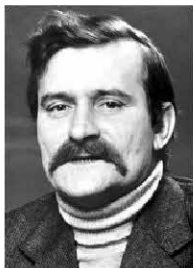
„Der militärisch-industrielle.....“
Fortsetzung von Seite 6

komplex von Washington Abhörwanzen im Hauptquartier der Demokratischen Partei anzubringen versucht und Dokumente fotografiert. Ab März 1973 berichteten die Medien vom Ausmaß dieser Amtsmissbräuche. Nixon weigerte sich jedoch, zur vollständigen Aufklärung der Affäre beizutragen und umfassend mit der Justiz und mehreren Ausschüssen des Kongresses zu kooperieren. Im Gegenteil, er versuchte die Ermittlungen zu behindern. Das Repräsentantenhaus leitete schließlich ein Amtsenthebungsverfahren gegen Nixon ein. Am 9. August 1974 trat er als bisher einziger US-Präsident zurück.

Der geheime Plan zur Veränderung Europas

Lech Waleza, Quelle nobelprize.org

Damit wir nicht nur die dunklen Wolken betrachten, die damals bereits aufzogen, seien die beiden Friedensnobelpreisträger Lech Waleza (1983) und Nelson Mandela (1993) erwähnt. Der Erstere war mit verantwortlich für den Zusammenbruch der Sowjetunion und seiner Satelliten-Staaten in Osteuropa. Und der Zweite beendete die Apartheid in Südafrika.



Nelson Mandela, Quelle: Wikipedia



Aber es gab noch einen Mann, der vor 30 Jahren Entwicklungen anstieß: Der Generalsekretär der KPdSU und Chef des KGB, Jurij Andropow. Anatolij Golitsyn berichtet in seinem 1984 veröffentlichten Buch „New lies for old“ von einem Geheimplan, den Andropow ausgearbeitet haben soll

und der sich wiederum auf alte Geheimpläne bezieht, die zwischen 1958 und 1960 entstanden sein sollen. Dieser Plan lautet:

„Ersetzung Andropows durch einen jüngeren, liberaleren Führer (Gorbatschow, Anm. d. Verf.); eine Kampagne der falschen Liberalisierung und Demokratisierung des Systems in der Sowjetunion und in

Osteuropa; Wiederezulassung der Solidarnosc in Polen; Privatisierung staatlicher Betriebe; Verbreitung der Lüge einer gespannten Beziehung zwischen Peking und Moskau; Auflösung des Warschauer Paktes; Abzug amerikanischer NATO-Truppen aus Europa; eine für die NATO unvorteilhafte Abrüstung; Wiedervereinigung Deutschlands, Abbruch der Berliner Mauer; fingierte Machtkämpfe in Moskau; Ausweitung der EU auch auf Staaten des Ostblocks, gleichzeitig ein Links-schwenk in den Regierungen Westeuropas; amerikanische Annäherung an China, das Moskau aber treu bleibt; kommunistische Regierungen in Frankreich, Italien und Staaten der Dritten Welt; schließlich: Schaffung eines totalitären eurasischen Einheitsstaates.“

Staatsbankrott und Wirtschaftskrise

Noch ein Jubiläum: Das immer weitere Aufblasen (=Inflation wörtlich übersetzt) der Geldmenge führte 1923 zum Staatsbankrott in Deutschland – er ist übrigens nie von der Regierung als solcher erklärt worden. Der Bankrott kam freilich nicht über Nacht, er begann drei Tage nach Kriegsausbruch am 4. August 1914. Da verfügte ein neues Münzgesetz: Die Reichsbank stellt das Wechseln von Banknoten und Scheidemünzen gegen Gold und andere Metalle ein. Die Reichsmark hatte aufgehört eine Goldmark zu sein.

Die Flucht in die Sachwerte setzte ein. Die Deutschen kauften, was sie kriegen konnten. Es kam zu einer Knappheit an Waren. Der Staat aber brauchte Milliarden für Waffen, Munition, Soldaten, Verpflegung, Transport und Logistik. Mit so genannten Kriegsanleihen ließ er sich dieses Geld bei Millionen von Reichsbürgern und versprach gute Rendite: die Reparationen der baldigst besiegten Feinde. Insgesamt 154 Milliarden Reichsmark betrug bei Kriegsende 1918 die Schulden des Staates beim Bürger.

Aber es kam bekanntlich anders: Statt Rendite zu verteilen musste das Deutsche Reich die Kriegsanleihen zurückzahlen. Statt Reparationen zu fordern musste es Geld für die Reparationsleistungen aufbringen. Um seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, brachte die Regierung mehr und mehr Geld in Umlauf, auch wenn es für die immer höhere Anzahl Banknoten keine materiellen Gegenwerte im Land gab.

Fortsetzung weiter auf Seite 8

Der gerade Weg ist in der Politik meistens unpassierbar!

Harold Macmillan, brit. Premierminister

„Der militärisch-industrielle.....“
Fortsetzung von Seite 7



Reichsmark, Quelle Wikipedia

Dadurch begann der Teufelskreis der Inflation.

Ein paar Beispiele für den Preisverfall: Am 9. Juni 1923 kostete ein Ei 800 Reichsmark, ein Kilo Kartoffeln 5000 Reichsmark und ein Dollar entsprach 100.000 Reichsmark. Am 2. Dezember 1923 kostete ein Ei 320 Milliarden Reichsmark, ein Kilo Kartoffeln 90 Milliarden Reichsmark und ein Dollar entsprach 4,21 Billionen Reichsmark.

Die Verlierer dieser Hyperinflation waren die Bürger. Geld, Spareinlagen, Rentenansprüche, Mieteinnahmen und Kriessanleihen hatten jeglichen Wert verloren. Größter Profiteur war der Staat. Seine gesamten Kriegsschulden in Höhe von 154 Milliarden Mark beliefen sich, als am 15. November 1923 die neue Währung Rentenmark eingeführt wurde, auf gerade einmal 15,4 Pfennige. Weitere Gewinner waren Unternehmer, die in Sachwerte investiert hatten, und die Landwirte. Saniert waren auch die Schuldner. Wer sich für Haus oder Grundbesitz verschuldet hatte, der war über Nacht seine Schulden los. Gemäß dem Grundsatz „Mark = Mark“ konnten Kredite, die bei einem stabilen Kurs aufgenommen worden waren, mit entwerteter Währung zurückgezahlt werden.

Die Verlierer, also die gesamte Arbeiterschaft und die bürgerliche Mitte, waren es auch, die in der Folgezeit den radikalen Parteien linker und rechter Prägung zur Mehrheit verhalfen.

Fazit: Manchmal ist es vielleicht doch ganz nützlich, in die Geschichte zu blicken und die Jubiläen nicht ganz zu vergessen.

Sasan Harun-Mahdavi
München

Tag der Menschenrechte 2013 Auf Einladung der ai-Gruppe Ingolstadt

Wie in den Jahren zuvor auch, nahm der Vorstand des Vereins auf Einladung der ai-Gruppe Ingolstadt, anlässlich des 65. Tages der Menschenrechte und der parallel veranstalteten Ausstellung, teil.

Leider werden nach wie vor weltweit Menschenrechte verletzt und so wie es aussieht, wird das auch noch in Zukunft nicht anders sein. Um so wichtiger ist es auch heute wie in Zukunft, sich für Wahrung der Menschenrechte einzusetzen und deren Schutz lautstark von allen Regierungen und Organisationen zu fordern.

Alljährlich wird der Tag der Menschenrechte von der ai-Gruppe Ingolstadt, unter der Leitung von Frau Gudrun Rihl, mit viel Engagement, in Zusammenarbeit mit verschiedenen Menschenrechtsorganisationen und Vertretern von Minderheiten und Interessengemeinschaften, u. a. auch unserem Verein, organisiert. Neben Vorträgen und Musikdarbietungen findet auch eine Ausstellung zum Thema Menschenrechte statt. Dieses Jahr trug, nach der Eröffnung durch Herrn Kulturreferent Gabriel Engert von der Stadt Ingolstadt, Frau Dr. Julia Duchrow ihre fesselnde Rede zum Thema „Wirtschaft und Menschenrechte: Neue Herausforderungen am Beginn des 21. Jahrhundert“ vor. Sie schilderte dramatisch die Situation in Regionen, in denen Investoren aus Profitgier die Menschenrechte verletzen würden. Zum Beispiel von Arbeitern, die in Fabrikgebäuden zu Schaden oder gar ums Leben kommen, nur weil die Besitzer sich weigerten, in die Sanierung der baufälligen Gebäude zu investieren. Oder, wie jüngst aufgedeckt, bei dem Bau für die Stadien in Qatar, wo die Arbeiter unter menschenunwürdigen Umständen, förmlich versklavt werden. Auch dort seien viele tausende Arbeiter bereits unter den gegebenen Umständen ums Leben gekommen. Oder, daß die Kinderarbeit wieder weltweit zunimmt.

Fortsetzung weiter auf Seite 9

Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren!

Benjamin Franklin

„Tag der Menschenrechte 2013“

Fortsetzung von Seite 8

In der Anschlußdiskussion meldete sich der Vorsitzende des Vereins „Leben und Leben Lassen“ zu dem Thema Chemiewaffen und der gefährlichen Minen, die in den jüngsten Kriegen zum Einsatz gekommen sind, oder seien. Er fragte, was bis zum heutigen Tag gegen die Produktion dieser „schmutzigen“ Waffen unternommen wurde? Nachdem die Wortmeldung vom Vorsitzenden mit großem Beifall aufgenommen wurde, erklärte Frau Dr. Duchrow, daß ai in Deutschland bereits einiges in diese Richtung unternommen hätte, aber dieses Engagement sicherlich erweitert werden müßte, damit auch auf diesem Gebiet, für die Wahrung der Menschenrechte, noch mehr Erfolge erzielt werden können. Nach einer musikalischen Darbietung und der kulinarischen Verwöhnung durch die Mitglieder des Alevitischen Zentrums endete die diesjährige



AMNESTY INTERNATIONAL

Tag der Menschenrechte

Sonntag, 8.12.2013, von 10.30 bis 13.30 Uhr
Foyer des Stadttheaters Ingolstadt

Rede / Musik / Informationsbörse / Film

10.30 h Michaela Dietl, Akkordeon;
Laye Mansa, afrikanische Instrumente: „Mitnand“, Lieder
Informationsbörse

11.00 h Begrüßung: ai Ingolstadt
Grüßwort: Kulturreferent Gabriel Engert

11.15 h **„Wirtschaft und Menschenrechte:
Neue Herausforderungen am Beginn des 21. Jahrhunderts“**
Rede von Dr. Julia Duchrow, Brot für die Welt

12.30 h Michaela Dietl, Akkordeon;
Laye Mansa, afrikanische Instrumente: „Mitnand“, Lieder
Informationsbörse

Bewirtung durch das Alevitische Kulturzentrum, den Jugendmigrationsdienst
und das Theaterrestaurant
Kinderbetreuung im oberen Foyer
Eintritt frei

Filme in Kooperation mit dem Programmkino im Audi Forum
05.12. bis 10.12. 20:00 Uhr „Stein der Geduld“, R: Atiq Rahimi, 2012
12.12., 14.12. bis 17.12., 17:30 Uhr „Aus dem Leben eines Schrotthändlers“, R: D. Tanovic

**Eine Veranstaltung von Amnesty International Ingolstadt, Eichstätt und Pfaffenhofen
mit dem Kulturamt der Stadt Ingolstadt und dem Stadttheater Ingolstadt**

In Zusammenarbeit mit: afa (Aktionsgemeinschaft für ArbeitnehmerInnen in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, Kreis Ingolstadt), Afrikaverein • Afroskop e.V. • Akademya Tigris • Alevitisches Kulturzentrum Ingolstadt e.V. • A.M.P.O. • Arbeiter-Samtarer-Bund Regionalverband Ingolstadt e.V. • atfac • Bahai' • Band Kulturschulz Kreisgruppe Ingolstadt • DGB • Buchhandlung Slobert • Evangelische Kirche Ingolstadt • Frauenkreis Hermsdorferstraße • Friedensbewegung der Region Itz • Gleichstellungswelle • Hans-Büttner-Chaibwe-Förderverein Deutschland e. V. • Wiskids • Jugendmigrationsdienst • Jugendrotkreuz • Katholische Stadtkirche Ingolstadt • kda (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, Regionalstelle Ingolstadt) • Kleinkunstbühne „Neue Welt“ • Kulturhaus Ingolstadt • Leben & Leben Lassen e.V. • lebungsstyle fair fashion • Marieluise-Fleißer-Bühnen • Mediation Region Is • MigrationForum • PresseClub Ingolstadt • pro familia • Programmkino im Audi Forum • Strohberge – Helfende Hände für Afrika e.V. • Soroptimist International Club Ingolstadt • Sozialdienst katholischer Frauen • Straßenambulanz St. Franziskus • Theaterrestaurant • Volkshochschule Ingolstadt • Welt Laden • Wirbelwind • ZONTA Club Ingolstadt Area



Dr. Julia Duchrow

Frau Duchrow ist Leiterin des Referats Menschenrechte und Frieden bei „Brot für die Welt“. Schwerpunkt der Arbeit sind u.a. der Schutz von wirtschaftlichen und sozialen Rechten, der Schutz von Menschenrechtsverteidigern und Fragen der zivilen Konfliktbearbeitung.

Michaela Dietl, Laye Mansa: „Mitnand“, Lieder

Michaela Dietl, die äußerst vielseitige Künstlerin aus Niederbayern, spielt nicht nur faszinierend Akkordeon. Sie hat sich auch als Sängerin, Kabarettistin und Schauspielerin profiliert. Mit dem senegalesischen Sänger, Percussionisten und Komponisten Laye Mansa wirbt sie für ein vertrauensvolles Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen.

Filme

„Stein der Geduld“, Regie: Atiq Rahimi, 2012
Im Schicksal einer jungen Frau spiegeln sich ergreifend Themen wie Frauenrechte, Unterdrückung und Selbstbefreiung, die Liebe und der Krieg in Afghanistan wider. „Das ist eines der aufregendsten Schauspiele des Kinos dieser Tage.“ (SZ)

„Aus dem Leben eines Schrotthändlers“, Regie: Danis Tanovic, 2013; Großer Preis der Jury bei der Berlinale 2013
Die wahre Geschichte steht exemplarisch für das Schicksal vieler Roma-Familien in Europa, für ihre Ausgrenzung und Armut. Der Regisseur hat mit Lalen an Originalschauplätzen in den Randbezirken Sarajevos gedreht.



Bitte unterstützen Sie unser Engagement:

Nikolai Slatkevich, Präsidentschaftskandidat der Wahlen 2010 in Weißrussland, wurde in einem Willkürakt zu 6 Jahren Arbeitslager stalinistischer Zuschnitts verurteilt.

Informationen zur amnesty-Arbeit in der Region unter www.ai-Ingolstadt.de, www.amnesty-eichstaett.de, www.amnesty-ku-eichstaett.de und www.amnesty-paf.de

amnesty international Ingolstadt, Eichstätt und Pfaffenhofen
Kulturamt der Stadt Ingolstadt, Stadttheater Ingolstadt



Religion ist ein Prisma, von dessen sieben Farben sich jeder seine Lieblingsfarbe wählen mag; alle aber rühren nur von einem Sonnenstrahl!

Karl Julius Weber

**Brief des Präsidenten
des Deutschen Bundestages**

Antwortschreiben des Präsidenten des Deutschen Bundestages auf den Artikel „Rote Linie Übersritten“ aus unserer letzten DENK'MAL! Ausgabe zusammen mit Informationen zur Petition Nr. 1-16-06-1105 der Bundesregierung in der angesprochenen Angelegenheit.

Dies gibt uns Hoffnung, daß das Thema weiterhin die Politiker im Bundestag beschäftigen wird, und vielleicht in naher Zukunft eine positive Lösung gefunden werden kann.



Der Vorstand:



Massoud Harun-Mahdavi, München

Rote Linie überschritten

Offener Brief an Bundestagspräsident Prof. Lammert

Sehr geehrter Professor Lammert,

20 Jahre Leben und Leben Lassen

Es sind nun 20 Jahre nach der Gründung unseres Vereins vergangen, dessen satzungsgemäße Hauptaufgabe die Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte ist.

1993 wurde der Verein mit Unterstützung von Friedrich Freiherr von Selemacher, damals Mitglied der Hanns-Seidel-Stiftung und heute Redaktionsmitglied bei unserer Vereinszeitschrift DENK'MAL!, Herrn Mailinger, ebenso von der Hanns-Seidel-Stiftung, sowie den Herren Claus Dotzi und Sasan Harun-Mahdavi zusammen mit unserem amtierenden Vorsitzenden und Gründungsmitglied Herrn Massoud Harun-Mahdavi, im Rahmen einer Pressekonferenz in München ins Leben gerufen.

Leider vergeht nach so vielen Jahren immer noch kein Tag vorbei, an dem die Menschenrechte nicht an irgendeinem Flecken unserer Erde verletzt werden. Die Regierungen der Großmächte, die die Welt politik nicht nur mitbestimmen sondern gar führen, haben in diesen 20 Jahren nicht nur den Schutz der Menschenrechte nicht weiter durchgesetzt, sondern viel mehr Diktaturen und Regie

Fortsetzung weiter auf Seite 2

zuerst bitte ich um Entschuldigung, daß ich in dieser Angelegenheit Ihre Zeit in Anspruch nehmen muß und komme daher auch gleich zum Thema meines Anliegens.

Nach der quasi Wahlniederlage des ehemaligen Bundeskanzlers Herr Schröder und der Führungübernahme der Großen Koalition durch Frau Merkel im Jahre 2005 und der Rückzug des Ex-Kanzlers aus der aktiven Politik waren wir kurze Zeit danach Zeuge eines bis dato nicht so da gewissen Verfalls eines Ex-Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland.

Fortsetzung weiter auf Seite 4

Inhalt:	Seite
„20 Jahre Leben und Leben Lassen“: Der Vorstand	1
„Rote Linie überschritten“, M. Harun-Mahdavi	1
„Willis Weis“, W. Dieß	6
„Qual der Wahl“, S. Harun-Mahdavi	9
„Newroz-Empfang im Rathaus“, S. Harun-Mahdavi	17
„Ganggang mit den Medien“, W. Dieß	19
Über den Herausgeber	20
Impressum	20

Es ist ein gewöhnlicher Irrtum in der Politik. Mittel und Zwecke zu verwechseln!
Thomas Babington Lord Macaulay

DEUTSCHER BUNDESTAG
Petitionsausschuss

Pet 1-17-06-1105-056332
(Bitte bei allen Zuschriften angeben)

Leben & Leben Lassen e.V.
Herrn Massoud Harun-Mahdavi
Elektrastr. 24

81925 München

11011 Berlin, 12.09.2013
Platz der Republik 1

Fernruf (030) 227-35222
Telefax (030) 227-30057

Die Sachbearbeiterin ist zeitweilig
beschäftigt und daher nur montags,
dienstags und mittwochs telefonisch
zu erreichen.

Betr.: Bundesregierung

Bezug: Ihr Schreiben vom 03.07.2013 an den Präsidenten des Deutschen Bundestages, hier eingegangen am 27.08.2013

Anlg.: - 1 -

Sehr geehrter Herr Harun-Mahdavi,

der Präsident des Deutschen Bundestages, Herr Prof. Dr. Norbert Lammert, hat Ihre Eingabe an den Petitionsausschuss weitergeleitet, da diesem nach dem Grundgesetz die Behandlung der an den Deutschen Bundestag oder seinen Präsidenten gerichteten Bitten und Beschwerden obliegt.

Im Auftrag der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Frau Kersten Steinke, MdB, danke ich Ihnen für Ihr Schreiben.

Der Petitionsausschuss hat Ihr Anliegen aufgrund sachgleicher Eingaben bereits früher geprüft.

Ich bitte Sie, das Ergebnis der als Anlage beigefügten Begründung zu einer Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses zu entnehmen, der der Deutsche Bundestag am 28. Juni 2012 zugestimmt hat.

Ich bitte um Verständnis, dass aus rechtlichen Gründen die personenbezogenen Daten anonymisiert wurden.

- 2 -

Personenbezogene Daten werden unter Wahrung des Datenschutzes gespeichert und verarbeitet.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Maria Oltmanns

Fortsetzung weiter auf Seite 11

**Die Religion soll nicht Wurzel sein der Staaten, die nur solche oder solcher Früchte geduldig trägt,
sondern befruchtender Tau, der alle Pflanzen erquickt!**
Ludwig Börne

„Brief des Präsidenten des Deutschen Bundestage“

Fortsetzung von Seite 10

Pet 1-16-06-1105

Bundesregierung

Beschlussesempfehlung

Das Petitionsverfahren abzuschließen.

Begründung

Mit der Petition wird eine Karenzzeit von drei Jahren für Mitglieder der Bundesregierung und Staatssekretäre begehrt, um eine Übernahme von Positionen in der Wirtschaft zu vermeiden, die im Zusammenhang mit der zuvor geleisteten Arbeit stehen. In diesem Zusammenhang sollen Regelungen aus dem Beamtenrecht, die eine Anzeige- und Genehmigungspflicht für Tätigkeiten nach der Dienstzeit vorsehen, sowie Sanktionen bei Zuwiderhandlungen in Form von Kürzung der Versorgungsbezüge angewandt werden.

Zu diesem Anliegen liegen dem Petitionsausschuss eine öffentliche Petition mit 1.122 Mitzeichnungen und weitere sachgleiche Petitionen vor, die wegen des Sachzusammenhangs einer gemeinsamen Prüfung unterzogen werden. Der Petitionsausschuss bittet in diesem Zusammenhang um Verständnis dafür, dass nicht auf alle vorgetragenen Aspekte im Einzelnen eingegangen werden kann.

Zur Begründung des Anliegens wird im Wesentlichen Folgendes ausgeführt:

Der „nahtlose“ Übergang von Ministern und Staatssekretären in hochdotierte Posten der Wirtschaft, die einen Bezug zu der früheren politischen Tätigkeit haben, lasse bei vielen Mitbürgern den Eindruck von „Vetternwirtschaft“ entstehen und nähere Zweifel, ob der jeweilige Amtsträger während seiner Tätigkeit tatsächlich unabhängig gegenüber seinem späteren Arbeitgeber gehandelt habe.

Alein der Anschein, dass politische Entscheidungen von Regierungsmitgliedern durch persönliche Karriereinteressen beeinflusst sein könnten, schade dem Ansehen

Petition 1-16-06-1105 Seite 1

Petition 1-16-06-1105 Seite 2

noch Pet 1-16-06-1105

der Politik. Nach dem Antikorruptionsgesetz in Nordrhein-Westfalen sei es Mitgliedern der Landesregierung nur mit vorheriger Genehmigung des Dienstherrn erlaubt, eine Anstellung in der freien Wirtschaft anzunehmen. Für Mitglieder der Bundesregierung fehle eine solche Regelung. Für Beamte, Angehörige der Bundeswehr und Richter gebe es klare Regelungen für einen Übergang nach der Dienstzeit in die Wirtschaft, die helfen sollen, einen Vertrauensverlust in staatliche Strukturen zu vermeiden. Für Mitglieder der Bundesregierung sei eine solche Regelung überfällig.

Eine unmittelbare lobbyistische Tätigkeit nach dem Ausscheiden aus der aktiven Politik sei in Deutschland gang und gäbe. Dieser sogenannte „Drehtüreffekt“ werde in den Vereinigten Staaten per Gesetz unterbunden, indem eine obligatorische Karenzzeit einzuhalten sei.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich wie folgt dar:

Mitglieder der Bundesregierung und Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre sind keine Beamten. Sie stehen in einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis eigener Art, für das der Gesetzgeber spezielle Regelungen geschaffen hat. Für die Mitglieder der Bundesregierung gelten die Artikel 62 bis 69 des Grundgesetzes (GG) sowie das Bundesministergesetz (BMinG); für die Parlamentarischen Staatssekretäre gilt das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre (ParlStG). Die Amtszeit ist begrenzt. Sie können jederzeit entlassen werden.

Während der Amtszeit dürfen Mitglieder der Bundesregierung nach Artikel 66 GG i. V. m. § 5 BMinG neben ihrem Amt kein anderes besoldetes Amt ausüben, keinem Gewerbe oder Beruf nachgehen, nicht dem Vorstand oder dem Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören. Im Einzelfall kann der Deutsche Bundestag bzw. die Bundesregierung ausdrücklich eine Ausnahme vom Verbot der Zugehörigkeit zu einem Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat zulassen. Ziel dieser Regelungen ist die Vermeidung von Interessenkollisionen während der Zeit der Amtsausübung. Für Parlamentarische Staatssekretäre gelten die

Petition 1-16-06-1105 Seite 3

noch Pet 1-16-06-1105

Inkompatibilitätsregelungen nach § 5 BMinG entsprechend. Über Ausnahmen entscheidet die Bundesregierung (§ 7 ParlStG).

Nach dem Ausscheiden aus dem Amt erhalten nicht alle Mitglieder der Bundesregierung bzw. nicht alle Parlamentarischen Staatssekretäre Versorgungsbezüge bzw. Versorgungsanwartschaften. Nach § 15 BMinG bzw. § 6 ParlStG besteht ein Anspruch auf Ruhegehalt erst nach einer mindestens vierjährigen Zugehörigkeit zur Bundesregierung. Im Ausnahmefall kann bei einer Zugehörigkeit von mehr als zwei Jahren ein Anspruch auf Ruhegehalt begründet werden. Dies gilt z. B. für den Fall der Auflösung des Deutschen Bundestages. Außerdem ruht der Anspruch auf Ruhegehalt grundsätzlich bis zum Ende des Monats, in dem die für Beamte geltende Regelaltersgrenze erreicht wird. Das ist zurzeit das vollendete 65. Lebensjahr und steigt ab 2012 schrittweise auf das 67. Lebensjahr.

Nach dem Ausscheiden aus dem Amt besteht keine Inkompatibilität mehr mit anderen besoldeten Ämtern, Gewerben oder Berufen. Es gibt keine Regelung, die ausgeschiedenen Mitgliedern der Bundesregierung, Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Parlamentarischen Staatssekretären die Ausübung einer Erwerbstätigkeit untersagt. Es besteht auch keine Anzeigepflicht.

Jedoch dürfen Mitglieder der Bundesregierung, Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre, auch wenn sie nicht mehr im Amt sind, über die ihnen amtlich bekanntgewordenen Angelegenheiten ohne Genehmigung der Bundesregierung weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben (§ 6 BMinG, § 7 ParlStG). Neben der Pflicht zur Verschwiegenheit besteht auch eine Anzeigepflicht im Hinblick auf Geschenke in Bezug auf das Amt (§ 5 Abs. 3 BMinG, § 7 ParlStG). Danach haben ehemalige Mitglieder der Bundesregierung, ehemalige Parlamentarische Staatssekretärinnen und ehemalige Parlamentarische Staatssekretäre über Geschenke, die sie in Bezug auf ihr Amt erhalten, Mitteilung zu machen. Die Bundesregierung entscheidet über die Verwendung der Geschenke. Die Verschwiegenheitspflicht und das Verbot der Annahme von Geschenken entsprechen damit den Regelungen im Beamtenbereich.

Fortsetzung weiter auf Seite 12

Die meisten Menschen wenden mehr Zeit und Kraft daran, um die Probleme herumzureden, als sie anzupacken!
Henry Ford

„Brief des Präsidenten des Deutschen Bundestage“

Fortsetzung von Seite 11

Petition 1-16-06-1105 Seite 5

noch Pet 1-16-06-1105 -----

Darüber hinaus sind die Regelungen bei politischen Beamtinnen und Beamten, zu denen auch beamtete Staatssekretärinnen und beamtete Staatssekretäre gehören, anders. Mit Blick auf das Lebenszeitprinzip besteht im Unterschied zu den Mitgliedern der Bundesregierung gemäß § 105 BBG bei Beamtinnen und Beamten nach Beendigung des Dienstverhältnisses eine Pflicht zur Anzeige aller Anschlussmöglichkeiten, die mit der dienstlichen Tätigkeit der letzten fünf Jahre vor dem Ausscheiden in Zusammenhang stehen und die dienstliche Interessen beeinträchtigen können. Bei Beeinträchtigung dienstlicher Interessen ist die Anschlussmöglichkeit zu untersagen. Ein Verstoß gegen die Anzeigepflicht kann disziplinarrechtlich durch Kürzung bzw. Aberkennung des Ruhegehaltes geahndet werden.

Soweit ein Beamter oder Soldat dagegen freiwillig ausscheidet oder sein Zeitverhältnis endet, enden wie bei Mitgliedern der Bundesregierung mit der Entlassung aus dem Dienst die Pflichten (außer die Pflicht zur Verschwiegenheit und das Verbot der Annahme von Geschenken). Disziplinarrechtliche Möglichkeiten gegen diesen Personenkreis scheiden somit schon aufgrund fehlender Rechtsbeziehung zum früheren Dienstherren aus. Strafrechtliche Regelungen (z. B. §§ 331, 353b Strafgesetzbuch) bleiben unberührt.

In diesem Zusammenhang wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage einer Abgeordneten auf Drucksache 16/13332 zur Einführung einer Karenzzeit von fünf Jahren verwiesen. Danach trifft die Entscheidung, ob und ggf. welche Tätigkeit ein ehemaliges Mitglied der Bundesregierung nach Ende der Amtszeit aufnimmt, der Betroffene zum konkreten Zeitpunkt unter Abwägung sämtlicher Gesichtspunkte.

Auf der Grundlage verschiedener Anträge einiger Fraktionen zur Einführung einer Karenzzeit bzw. zum Verhaltenskodex für ausscheidende Regierungsmitglieder hat sich bereits der 16. Deutsche Bundestag umfassend mit dieser Materie befasst. Er hat diese Anträge in seiner 230. Sitzung am 2. Juli 2009 auf die Beschlussempfehlungen des Innenausschusses hin (Drs. 16/13655 und 16/13656) abgelehnt. Wegen der Einzelheiten wird auf die erwähnten Drucksachen und die Protokolle der Plenar-

noch Pet 1-16-06-1105- _____

sitzung verwiesen, die unter www.bundestag.de aufgerufen und ausgedruckt werden können.

Eine – wenn auch nur zeitlich befristete – Beschränkung der Ausübung einer Erwerbstätigkeit nach Beendigung des Amtsverhältnisses für Mitglieder der Bundesregierung und Parlamentarische Staatssekretäre ist daher aus Sicht des Petitionsausschusses nicht angezeigt. Sie könnte einem Berufsverbot gleichkommen; deshalb würden sich verfassungsrechtliche Probleme insbesondere mit Blick auf die Freiheit der Berufsausübung ergeben.

Vor diesem Hintergrund sieht der Ausschuss keinen Anlass für parlamentarische Initiativen. Er empfiehlt, das Petitionsverfahren abzuschließen.

Der von der Fraktion der SPD gestellte Antrag, die Petition der Bundesregierung – dem BMI – als Material zu überweisen und den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben, soweit die Berufsfreiheit nach Artikel 12 Grundgesetz gewahrt bleibt und eine Rückkehr in den erlernten Beruf möglich ist, ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Ebenso ist der von den Fraktionen Die LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellte Antrag, die Petition der Bundesregierung – dem BMI – zur Erwägung zu überweisen und den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben, mehrheitlich abgelehnt worden.



BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER
DR. THOMAS GOPPEL
Staatsminister a. D.

Dr. Thomas Goppel, MdL, Eichenstraße 11, 86922 Fresing

Herrn
Dipl.-Ing. Massud Harun-Mahdavi
1. Vors. in „Leben & Leben Lassen“ e. V.
Elektrastr. 24
81925 München

Per E-Mail info@lebenundleberlassen.org

Privat:
Eichenstraße 11
86922 Fresing
Telefon (0 81 93) 99 92 36
Telefax (0 81 93) 99 92 37
goppel@landtag-bw.de

Bayerischer Landtag:
Max-Planck-Straße 1
81627 München
Telefon (0 89) 41 26-0

Akt:	V 166 M3 // dikt. 14.07.2013	Datum:	18.07.13
<small>aktuelle Version steht bei der Bundestage</small>			

Petition 1-16-06-1105 Seite 4

Antwortschreiben
Dr. Thomas Goppel
MdL u. Staatsminister a.D.
vom 18.07.2013

Lagerwechsel auf Entscheidungsebene
Wünsche zu zusätzlicher politischer Hygiene im deutschen Parlamentarismus
Zu Ihrem Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 3. Juli 2013

Sehr geehrter Herr Harun-Mahdavi,

aufmerksam habe ich den Brief gelesen, die Sie dieser Tage unserem Bundestagspräsidenten, Professor Dr. Norbert Lammert geschrieben haben, um ihn dazu zu veranlassen, im Parlament einen Vorstoß dafür zu unternehmen, dass vormalige Funktionsträger in der hohen Politik nicht mehr ohne Übergangs- und Wartefrist in die Dienste interessierter Unternehmen eintreten (können). Die Überlegungen, die Sie anstellen, sind durchaus interessant, treffen mehrheitlich interessanterweise Vertreter der derzeitigen Opposition, weil dort der Ausstieg aus der Politik sehr viel tagestüblicher ist als im bürgerlichen Lager.

Dass sich einschlägige Gremien (im Bund und Bundestag) Gedanken über einen Kodex machen sollten, der den Frontenwechsel von Führungspersönlichkeiten in augenscheinlichen Fällen mit einer Schamfrist versieht, halte auch ich für durchaus erwägenswert. Wenn im Kollegenkreis die Sprache auf ähnliche Anregungen stößt, werden Sie mich im Sinne Ihrer Überlegungen argumentieren sehen.

Mit Dank für die zum Einstieg durchaus zielführende Information und bestem Gruß
Dr. Thomas Goppel, MdL

Das Gesetz kann niemanden zwingen, seinen Nächsten zu lieben, aber es kann es schwieriger für ihn machen, seinem Haß Ausdruck zu geben!

Neil Lawson, engl. Richter

Dr. Caspert
Salzburg

Gefährdung der Allgemeinheit kollektive Dimensionen annimmt.

Wohlstandverwahrlosung

THERAPIE UND PRÄVENTION

Verwahrlosung und asoziales Verhalten können auf Verelendung (Elendsverwahrlosung), aber auch auf Vernachlässigung in einer Wohlstandsumgebung (Wohlstandverwahrlosung) zurückgeführt werden. Während man leicht durch Wohlstandverwahrlosung ins Elend und die Elendsverwahrlosung schlittern kann, führt aus der Elendsverwahrlosung kaum mehr ein Weg in eine bessere Zukunft.

Mittlerweile sind Legionen von Pädagogen, Psychologen und Sozialarbeitern mit der Prävention der Wohlstandverwahrlosung wie der Therapie der Wohlstandverwahrlosten beschäftigt. Dabei kann man sich des Eindrucks unschwer erwehren, dass trotz aller gut gemeinter Versuche unsere Sozialindustrie diese Probleme immer weniger in den Griff bekommt. Nun rächen sich die Perspektivlosigkeit und der Wertverlust einer Zeit, die sich dem Relativismus, der Beliebigkeit, dem Hedonismus und dem Individualismus verschrieben hat. Kinder brauchen Liebe und Jugendliche Ziele und Ideale. So wie der Durstige das Wasser.

DIE ZWEI SEITEN DER VERWAHRLOSUNG

In den entwickelten Gesellschaften hat die Verwahrlosung auf Grund elender Verhältnisse in den letzten Jahrzehnten und bis vor kurzem keine dominante Rolle mehr gespielt. Dafür ist die Wohlstandverwahrlosung allmählich zu einem immer mehr verbreiteten Phänomen und größer werdenden Problem geworden. Meist wird die Wohlstandverwahrlosung noch als „psychische Verwahrlosung bzw. Vernachlässigung bei Kindern und Jugendlichen bei gleichzeitigem materiellen Überfluss“ definiert, so erweitert sich das Phänomen immer mehr auch ins Erwachsenenalter. Deshalb stellt sich die Frage, bis in welches Alter sich diese Jugendlichkeit erstreckt – vor dem eingeübten adulten Absturz ins endgültig Asoziale und Kriminelle. Die Erscheinungsformen sind bekannt (Zöllner 1997) und brauchen hier nicht näher diskutiert werden.

Spätestens jetzt ist die Gesellschaft im allgemeinen in die Pflicht genommen. Es genügt nicht, nach Ärzten zu rufen, vielmehr ist für ein gesundes Gesamtklima zu sorgen. In einem versumpften Gebiet beseitigen Malariamedikamente nicht die Ursache der Krankheit, sondern der Sumpf ist als ganzer trocken zu legen. Die Unsummen der Fürsorge wachsen unbegrenzt, solange die Gründe der sozialen Erkrankung nicht beseitigt werden. Dies setzt allerdings ein Umdenken in der Gesellschaft voraus, selbst wenn es den Preis der Aufgabe der herrschenden Ideologie kosten sollte. Solange freilich die tonangebenden Kreise lieber weiterhin ihre nur scheinbar humanitären und individualistischen Steckenpferde reiten, werden die Milliarden großteils vergeblich verschleudert.

Gerne werden abwesende Elternteile, Rollen- und Beziehungsprobleme sowie materielle Kompensation von Schuldgefühlen der vernachlässigenden Autoritäten als Ursache angeführt. Pädagogen und Psychologen machen als Folgen zurecht, aber unvollständig passive Verweigerung und Antriebslosigkeit, Sinnverlust, gestörtes Selbstwertgefühl, Gefühlsdefizit, geringes Durchhaltevermögen, Motivationsmangel, Leistungswillen, irrealer Phantastereien sowie Drogengefährdung geltend. Kriminalität, Bandenunwesen, öffentliche Gewalttätigkeiten oder Vandalismus blendet man zumeist wohlwollend aus, wobei sich gerade hier der gut gemeinte Individualismus aufhört und die

MOTIVATION DURCH WERTE, ZIELE, VORBILDER UND IDEALE

Die Jugend braucht und sucht Werte, Vorbilder, Ziele und Ideale. Dafür nimmt sie auch gerne Hürden in Kauf, deren Überwindung ihr sogar Freude und Genugtuung bereitet. Nichts ist falscher als eine grundsätzlich antiautoritäre Erziehung - Voraussetzung ist allerdings, dass die Autorität glaubhaft, wohlwollend und selber vorbildlich handelt. Jugendliche sind sportlich und nicht so verweichlicht, wie Schreibtischideologen glauben. Junge Menschen suchen Anerkennung, wollen geführt werden, sind schwungvoll, und sehnen sich

Fortsetzung auf Seite 14

Ein Wohlfahrtsstaat ist ein Staat, in dem die Allgemeinheit auf Kosten der Allgemeinheit lebt!

Sir David Eccles

„Wohlstandverwahrlosung.....“*Fortsetzung von Seite 13*

nach Herausforderungen, die sie bewältigen können. Dies erzeugt in ihnen Motivation, Freude und Lebenssinn.

Die Ausrichtung auf Werte, Ziele, Vorbilder und Ideale ist die beste Prävention und Therapie der Wohlstandsverwahrlosung. Eine gesellschaftliche Ausrichtung, die es nicht mehr wagt oder wagen will, Werte vorzugeben, ist selbst wertlos und reif für die Beseitigung. Durch Ideale und Vorbilder motivierte Jugendliche nehmen auch gerne die nötige Disziplin auf sich, werden sie doch durch den Erfolg und den Sinn ihrer Leistungen belohnt. Bereits im Sport akzeptieren sie Regeln, ohne die ihre Begeisterung und Aktivität völlig in die Leere gingen. Auf völlig unkomplizierte Art akzeptieren so junge Menschen die Anderen, ordnet sich in eine größere Gemeinschaft ein und gewinnen Leistungsmotivation für jetzt und das spätere Leben.

AUTORITÄT UND PSYCHOHYGIENE

Führen und Wachsenlassen, Disziplin und Liebe, Kontrolle und Vertrauen gehören zusammen und bedingen bzw. ergänzen einander wechselseitig (Bueb 2006). Ohne Ordnung, Selbstüberwindung und Gehorsam finden junge Menschen nicht zu ihrer inneren Freiheit. Kein Wunder, dass „fortschrittliche“ und „liberale“, aber in den Sache wie den Ergebnissen im Grunde hilflose Pädagogen ob dergleichen „autoritärer Konservatismen“ bedenklich ihre ansonsten überforderten Häupter schütteln (z.B. Brumlik 2007). Vor lauter Fixierung auf die Objekte der Erziehung (die Kinder und Jugendlichen) ist zudem die andere Seite der Pädagogik fast aus der Betrachtung geraten: die Seite der Lehrer, Pädagogen und der Gesellschaft überhaupt (Bueb 2008). Hier und bei verantwortungslosen wie überforderten Eltern liegen die eigentlichen Verursacher der ideologieinduzierten Neurotisierung (Caspert 2007) bzw. Wohlstandsverwahrlosung.

So neu ist Psychohygiene wahrhaftig nicht. Sie setzt sich präventiv die Gesunderhaltung des Individuums und der Gesellschaft zur Aufgabe (Mierke 1967). Ohne Führung funktionieren weder Pädagogik noch

Psychohygiene. Ihre Ziele, nämlich Liebe, Sicherheit, die Vermittlung von Anerkennung, Bestätigung und Erfolgserlebnissen, die Gewährung von Raum für freies schöpferisches Tun, das Erfahren von Erlebnissen mit Erinnerungswert sowie der Gewinn der Selbstachtung bedürfen des Wechselspiels von Ordnung und Selbstverantwortung (Ehrhardt 1975). Auch in der didaktischen und sozialen Entwicklung braucht das Rad nicht neu erfunden zu werden.

PROPHYLAXE ODER REPARATUR

Was unsere Jugend benötigt und verlangt, sind eine Gesellschaft mit Idealen im Großen, mitreißende Ziele im Kleinen oder Konkreten und glaubwürdige Vorbilder in der Vermittlung und Umsetzung. Jugendliche lernen so Selbstdisziplin, Sozialkompetenz, Leistungsbereitschaft und Lebensbewältigung. Daneben mögen auch pädagogische, psychologische und sozialarbeiterische Maßnahmen und Interventionen bei Gefährdeten und „Gefallenen“ mehr oder weniger helfen, aber nur diese alleine verpuffen zu oft und sind alles in allem ihr Geld kaum wert. Die Gesellschaft und der Staat aber haben die Pflicht und Schuldigkeit, den „sicheren Hafen“ der Familie nach innen wie nach außen mit allem Mittel zu fördern (steuerlich, aber nicht minder im Familienrecht, so v. Waldstein 2008, S. 173), anstatt „defamiliarisierend“ diverse Psychopathologien (z.B. Transsexualität), Dekadenz (u.a. „gender mainstreaming“, siehe Röhl 2005, Kuby 2006 oder Rosenkranz 2008), Kinderlosigkeit, Egoismus und „Alleinerziehung“ mit aller Gewalt zu belohnen. Dazu gehören noch Erzieher, Lehrer und Schulen unterstützt und nicht ständig gehemmt, nur weil es auch schlechte Pädagogen geben kann. Die Regel darf nicht von den Ausnahmen abgeleitet werden.

Selbst wenn die Demokratie „lieb“ sein will, darf sie vor bloßer Individualförderung der lautschreienden „Schwachen“ und Kapitulation vor den ständig mehr fordernden Lobbys „sozial Benachteiligter“ ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Zukunft nicht übersehen. Wer der nachwachsenden Generation keine konstruktiven Ausblicke ermöglicht, schafft sich auf Dauer selbst ab, auch wenn er es zunächst

Fortsetzung auf Seite 15

Ein Wohlfahrtsstaat ist ein Staat, in dem die Allgemeinheit auf Kosten der Allgemeinheit lebt!

Sir David Eccles

„Wohlstandverwahrlosung.....“

Fortsetzung von Seite 14

selber noch nicht merkt. Die Jugend ist kein kranker Fall für jammernde Sozialbetreuung, sondern will und braucht Ziele und Ideale. Erreichbare Aussichten sind die beste Prophylaxe und Sozialhygiene. Dann ersparen sich Gesellschaft und Politik ihre nachhinkenden, äußerlich symptomkurierenden und meist recht hilflosen Reparaturversuche. Der allgemeine dilatorische Relativismus begeistert niemanden und schon gar nicht junge Menschen; eine transzendente Idee, der Ethos der Überzeugung und damit Autorität sind unverzichtbar (Schmitt 1923). Bringt das herrschende Sozialsystem den Willen und Mut für Perspektiven und haltbare Ordnung nicht auf, ist es überfällig.

LITERATURNACHWEIS

Micha BRUMLIK (Hrsg.): Vom Missbrauch der Disziplin. Antworten der Wissenschaft auf Bernhard Bueb. Beltz Verlag 2007.

Bernhard BUEB: Lob der Disziplin – Eine Streitschrift. List Verlag, Berlin 2006.

Bernhard BUEB: Von der Pflicht zu Führen. Neun Gebote der Bildung. Ullstein Verlag, Berlin 2008.

Wolfgang CASPART: Psychologie und Menschenrechte: Ideologiebildung als induzierte, noogene Reduktionsneurose. In: Erwin Riefler (Herausgeber): Popper und die Menschenrechte. Peter Lang Verlag, Frankfurt a.M. 2007, S. 29-39.

Helmut E. EHRHARDT (Hrsg.): Aggressivität, Dissozialität, Psychohygiene. Verlag Huber, Bern 1975).

Gabriele KUBY: Die Gender Revolution. Relativismus in Aktion. FE-Medienverlag, Kiblegg 2006.

Bettina RÖHL: Die Gender Mainstreaming Strategie. Utopie oder Wirklichkeit? Wie eine hauchdünne Funktionärsschicht in der Politik hinter den Kulissen den Boden für eine „Gender-Gesellschaft“ bereitet. Cicero, 31. März 2005.

Karl MIERKE: Psychohygiene im Schulalltag. Verlag Huber, Bern 1967.

Barbara ROSENKRANZ: MenschInnen: Gender Mainstreaming. Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen. Ares Verlag, Graz 2008.

Carl SCHMITT: Römischer Katholizismus und politische Form. Zuerst 1923. Neuauflage mit dem Text

der 1925 erschienenen 2. Auflage, Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 1984.

Thor von WALDSTEIN: Die Justiz, das Geld und die Macht. Vom leisen Abschied des Rechts in der Plutokratie. In: Empresas políticas, Festschrift für Günter Maschke. Universidad de Murcia, Murcia 2008, S 169-184.

Ulrike ZÖLLNER: Die armen Kinder der Reichen. Kreuz Verlag, Zürich 1996.

(Als „Jugend ohne Werte“. In: Zur Zeit, 47-48/09, Wien 2009, S. 10-11)

Der Vorstand und die Redaktion

Jubiläumsfest auf dem Oktoberfest

Auf Einladung des Vorstandes sind die Redaktionsmitglieder des Vereins zur Feier des 20. Jubiläums zusammen gekommen.

Die Feier fand auf dem Münchner Oktoberfest statt. Es war im Sinne der Vereinsstatuten ein Fest der Verständigung und der Freude.



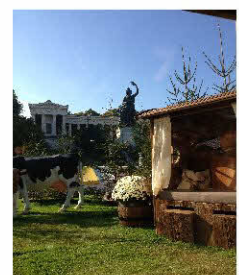
Einhellig wurde das Fest als sehr gelungen festgestellt.



Petrus sei Dank, hatte das Wetter ebenso sein Bestes hinzugetan und allen Anwesenden ein gelungenes Beisammensein und ein



tolles Fest auf der Wies'n 2013 beschert.



Vielen Dank nochmals an alle Gäste für diesen unvergesslichen Tag.



Ein Wohlfahrtsstaat ist ein Staat, in dem die Allgemeinheit auf Kosten der Allgemeinheit lebt!

Sir David Eccles

„Fröhliche Weihnachten.....“

Fortsetzung von Seite 1

Liebe Leserinnen und Leser,
 Liebe Vereinsmitglieder,
 Liebe Freunde des Vereins Leben & Leben Lassen e.V.,

20 Jahre nach der Gründung des Vereins blicken wir zurück auf eine Zeit vieler Höhen und Tiefen. In dieser Zeit haben wir den zweiten Golfkrieg, den Einmarsch in Afghanistan, den Tsunami und andere Naturkatastrophen, die Sudankrise, die Bankenkrise, den arabischen Frühling und jüngst, die Syrienkrise miterlebt. Alles Ereignisse, die die Bevölkerung vieler Regionen über die Grenze des menschlich erträglichen, belastet haben. Aber, nichtsdestotrotz, die Menschheit ist zäh und zeigt, daß sie all´ diese Katastrophen überleben kann. Und zwar, durch mehr Zusammenhalt und mehr Miteinander, durch mehr Fürsorge für die Gemeinschaft und mehr soziales Engagement in Gruppen und Organisationen.

Unsere Zeit ist geprägt von immer mehr Arbeit und Leistungsanspruch. Dadurch bleibt immer weniger Zeit für eine ganz typische Eigenschaft, die den Deutschen zugesprochen wird, nämlich: das Engagement in ehrenamtlichen Vereinen.

In der Hoffnung, daß wir in Zukunft noch mehr Unterstützung von interessierten Mitbürgern erhalten, hat der Vereinsvorstand, auf Antrag der Mitgliederversammlung, den Sitz des Vereins in diesem Jahr nach München verlegt. Dadurch erhofft sich der Verein einen leichteren Zugang zu mehr Interessenten und evtl. zu mehr Mitgliedern, die uns dabei helfen wollen und sollen, gemeinsam die Ziele des Vereins zu erfüllen.

Diese Hoffnung gibt uns neuen Antrieb und noch mehr Kraft zu intensiverem Engagement für unsere Ziele. In diesem Sinne sind alle Mitglieder aufgerufen, uns bei der Erfüllung unserer Aufgaben, mit Tatkraft zu unterstützen. Der Vorstand ist dafür gewappnet.

Abschließend wünschen der gesamte Vorstand und die Redaktion allen Mitgliedern, Lesern und Freunden des Vereins: Fröhliche Weihnachtsfeiertage und einen erfolgreichen Abschluß des alten Jahres und einen gesunden und glücklichen Verlauf des neuen Jahres 2014.

**Über den Herausgeber:**

Der im März 1993 ins Leben gerufene und als gemeinnützig geltende

**Verein Leben & Leben Lassen -
 zur Verwirklichung der Menschenrechte - e.V.**



mit Sitz in München ist, wie der Name sagt, ein Verein zur Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte.

Die Arbeit des Vereins basiert auf dem Verständnis der Menschenrechte, wie sie in den betreffenden Konventionen der Vereinten Nationen Niederschlag gefunden haben.

Jeder kann sich in Bezug auf Menschenrechtsfragen an den Verein wenden, der gleichzeitig Herausgeber der Zeitschrift „DENK! MAL!“ ist.

Weitere Informationen erhalten Sie über

Homepage: www.lebenundlebenlassen.org

E-Mail: info@lebenundlebenlassen.org

Tel.: +49-89-3106999

Fax: +49-89-32155805

Bankverbindung: Kto Nr. 42 12 52 52

Stadtsparkasse München BLZ 70150000

Impressum:

Anschrift Elektrastraße 24, 81925 München

Herausgeber Verein Leben & Leben Lassen – zur Verwirklichung der Menschenrechte - e.V.

Chefredakteur Massoud Harun-Mahdavi (V.i.S.d.P.)

Redaktion Wilhelm Dietl, Karl-Heinz Nagel, Elisabeth Philipp, Hans-Friedrich Frhr. v. Solemacher,
 Franz-Jochen Schoeller, Peter Orzechowski

Verlag D.i.E.

Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion. Die Verantwortung für den Inhalt trägt der Verfasser.